

**DIE DEUTSCHE
TÜRKENPOLITIK.
[MICROFORM]**

Published @ 2017 Trieste Publishing Pty Ltd

ISBN 9780649769483

Die deutsche Türkenpolitik. [Microform] by Karl Helfferich

Except for use in any review, the reproduction or utilisation of this work in whole or in part in any form by any electronic, mechanical or other means, now known or hereafter invented, including xerography, photocopying and recording, or in any information storage or retrieval system, is forbidden without the permission of the publisher, Trieste Publishing Pty Ltd, PO Box 1576 Collingwood, Victoria 3066 Australia.

All rights reserved.

Edited by Trieste Publishing Pty Ltd.
Cover @ 2017

This book is sold subject to the condition that it shall not, by way of trade or otherwise, be lent, re-sold, hired out, or otherwise circulated without the publisher's prior consent in any form or binding or cover other than that in which it is published and without a similar condition including this condition being imposed on the subsequent purchaser.

www.triestepublishing.com

KARL HELFFERICH

**DIE DEUTSCHE
TÜRKENPOLITIK.
[MICROFORM]**

UNIV. OF
CALIFORNIA

Im neuen Deutschland
Grundfragen deutscher Politik in Einzelschriften.
Herausgegeben von Professor D. Hermann Jordan.
11. Heft.

Die deutsche Türkenpolitik.

Von
Karl Helfferich



1921

Woffische Buchhandlung, Verlag, Berlin W 62, Nettelbeckstraße 21.

ABPROBIAO

ID 228
.7
T8H4

Vorwort.

Im vergangenen Herbst habe ich im Bunde der Arienkämpfer und im Nationalen Club zu Berlin Vorträge über die deutsche Politik in der Türkei gehalten. Der häufig an mich herangetretene Wunsch, die Vorträge möchten einem weiteren Kreise zugänglich gemacht werden, hat mich veranlaßt, den wesentlichen Inhalt der Vorträge in der beiliegenden Schrift wiederzugeben.

Berlin, im Juni 1921.

Karl Helfferich.

Die deutsche Türkenpolitik.

Die Türkei ist wenige Wochen nach Kriegsausbruch an Deutschlands Seite in den Weltkrieg eingetreten. Sie hat als treuer Bundesgenosse unter gewaltigen Opfern und Leiden den Krieg, der für sie wie für uns ein Kampf um das Dasein war, bis zum bitteren Ende durchgekämpft. Der ihr auferlegte Friede von Stres ist das Seitenstück des uns auferlegten Friedens von Versailles.

Wie ist diese Schicksalsgemeinschaft entstanden? — Durch Zufall, durch Willkür Einzelner oder durch innere Notwendigkeiten? —

Und eine weitere Frage hat der Gang der Dinge aufgeworfen: die Frage, wie weit die deutsche Politik in Bezug auf die Türkei, wie weit die Verflechtung deutscher und türkischer Belange das Verhängnis mit heraufbeschworen haben, das mit dem Ausgang des Krieges über die beiden Länder hereingebrochen ist. Vieles hat die Vorstellung Platz gewonnen, daß — neben der Flottenrivalität und der Handelskonkurrenz zwischen Deutschland und England, neben dem französischen Verlangen nach Revanche, neben den russisch-österreichischen Balkankonflikten — die von der deutschen Regierung in Bezug auf die türkischen Dinge befolgte Politik es gewesen sei, die uns in den Weltkrieg und in den Zusammenbruch hineingeführt habe.

Als einer, der fast während eines Jahrzehntes an der Gestaltung der deutsch-türkischen Beziehungen und insbesondere an dem Ausbau der deutschen Interessen in der Türkei an wichtiger Stelle mitgearbeitet hat, sei mir der Versuch gestattet, in kurzen Zügen ein Bild von der Rolle zu geben, die die Türkei von den ersten Zeiten des neuen Deutschen Reiches an bis zum Ausbruch des Weltkrieges in der deutschen Politik gespielt hat.

I.

Die Türkei war für die Politik des neuen Deutschen Reiches in den ersten beiden Jahrzehnten nur ein nebensächlicher Faktor. Die deutsche Politik hatte an der Türkei keinerlei eigenes Interesse. Die Türkei interessierte die deutsche Politik nur insoweit, als sie Gegenstand politischer Ambitionen anderer Großmächte war; von Großmächten, deren Verhältnis zu einander und zu uns entscheidend war für die gesamtpolitische Situation, insbesondere für die Bildung der großmächtlichen „Koalitionen“, die Bismarck selbst als den Alpdruck seiner Mächte bezeichnet hat.

Unser politisches Verhältnis zur Türkei und zum gesamten Orient in der damaligen Zeit glaubt man vielfach erschöpfend bezeichnen zu können durch das Bismarcksche Wort von den „Knochen des pommerschen Grenadiers.“ Bismarck hat dieses viel zitierte und meistens falsch zitierte Wort zum ersten mal im Jahre 1876 gebraucht. Er hat damals, am 5. Dezember 1876, im Reichstag gesagt, er werde zu irgend einer aktiven Beteiligung Deutschlands an den orientalischen Dingen nicht raten, solange er in dem Ganzen kein Interesse sehe.

welches auch nur die gefunden Knochen eines einzigen pommerischen Musketiers wert wäre. Er hat das Wort zehn Jahre später in einer Reichstagsrede vom 11. Januar 1887 wiederholt und zwar in spezieller Anwendung auf Bulgarien, aber mit der allgemeinen Schlußfolgerung: „die ganze orientalische Frage ist für uns keine Kriegsfrage.“

In seinen „Gedanken und Erinnerungen“ hat sich Bismarck ausführlich über das Verhalten Deutschlands zur türkischen Frage ausgesprochen. Seine Ausführungen über die deutsche Türkenpolitik finden sich dort bezeichnenderweise in dem 30. Kapitel, das von der „zukünftigen Politik Rußlands“ handelt. Die Erörterung geht aus von der Möglichkeit, daß Rußland, wenn es sich für ausreichend gerüstet halten würde, dem Sultan anbieten werde, ihm seine Stellung in Konstantinopel und den ihm verbliebenen Provinzen zu garantieren, wenn er Rußland den Schlüssel zum russischen Hause, d. h. zum Schwarzen Meere, in Gestalt eines russischen Verschlusses des Bosporus gewähre. Bismarck hielt es nicht nur für möglich, sondern bei geschicktem Betreiben der Sache sogar für wahrscheinlich, daß die Pforte auf ein russisches Protektorat in dieser Form eingehen werde. Er hielt es für wahrscheinlich, weil die traditionelle, auf Erhaltung der Türkei gerichtete Politik Englands nach den Gladstoneschen Kundgebungen als erschüttert gelten müsse. Er nahm an, daß diese Erschütterung der englischen Türkenfreundschaft eine Rückwirkung auch auf Wien haben müsse. Bismarck erörterte aber auch den Fall einer Ablehnung des russischen Vorschlags durch die Pforte und einer darauf folgenden gewaltsamen Besetzung der Stellungen am Bosporus durch die russischen Streitkräfte. Der erste Schritt der russischen Diplomatie nach einer solchen Operation würde vielleicht eine vorsichtige Sondierung in Berlin sein, ob Österreich oder England, wenn sie sich dem russischen Vorgehen kriegerisch widersetzen, auf die Unterstützung Deutschlands rechnen könnten. „Diese Frage“ so heißt es weiter „würde meiner Überzeugung nach unbedingt zu verneinen sein. Ich glaube, daß es für Deutschland nützlich sein würde, wenn die Russen auf dem einen oder anderen Wege, physisch oder diplomatisch, sich in Konstantinopel festgesetzt und dasselbe zu verteidigen hätten. Wir würden dann nicht mehr in der Lage sein, von England und gelegentlich auch von Österreich als Heßhund gegen russische Bosporusgelüste ausgebeutet zu werden, sondern abwarten können, ob Österreich angegriffen wird und damit unser casus belli eintritt.“

Die hier ausgesprochenen Gedanken hatten ihre praktische Auswirkung gefunden in dem „Rückversicherungsvertrag“ mit Rußland vom Jahre 1887. Dort versprach der kaiserlich deutsche Hof in der Meerengenfrage dem russischen Hof wohlwollende Neutralität und sogar moralische und diplomatische Unterstützung selbst für den Fall, daß der Zar zur Verteidigung des Zuganges zum Schwarzen Meer Maßregeln für notwendig halten sollte, „um den Schlüssel seines Reiches in der Hand zu behalten.“

Man muß sich jedoch hüten, die Bismarck'sche Türkenpolitik ausschließlich nach dieser Abmachung und nach dem oben angeführten Passus aus den „Gedanken und Erinnerungen“ beurteilen zu wollen. Die Bismarck'sche Politik war in ihrer Berücksichtigung aller Eventualitäten und in ihrer realistischen Behandlung der verschiedensten Situationen viel zu elastisch, als daß sie sich in einer einzelnen Abmachung oder einer einzelnen Äußerung erschöpfte. Wenn man die Bismarck'sche Türkenpolitik richtig verstehen will, muß man neben die Abmachung von 1887 und neben die oben angeführten Worte andere Ausführungen und andere konkludente Handlungen stellen.

So hat Bismarck im Dezember 1892 in den „Hamburger Nachrichten“ folgendes erklären lassen:

„Der Fürst ist niemals der Ansicht gewesen, daß die Unterstützung der russischen Pläne Aufgabe der deutschen Diplomaten sein müsse, sondern er hat die Ansicht vertreten, daß es nicht Sache Deutschlands sei, Rußland an der Ausführung seiner Pläne zu hindern. Das ist ein großer Unterschied. Rußlands Vordringen zu hindern, fällt naturgemäß denjenigen Mächten zu, deren Interesse durch ein russisches Vorgehen direkt verletzt werden würde.“

Noch deutlicher wird Bismarcks Politik in Bezug auf die Türkei beleuchtet durch eine Episode, die im Juli 1880 spielte und über die Fürst Chlodwig Hohenlohe in seinen „Denkwürdigkeiten“ berichtet (Band II. S. 301, 302). Fürst Hohenlohe erzählt, wie der Kronprinz am 11. Juli ihm gegenüber seine Bedenken über die Entsendung von preussischen Offizieren nach der Türkei, die damals geplant war, ausdrückte und ihn beauftragte, diese Bedenken dem Reichskanzler vorzutragen. Über den Vortrag beim Fürsten Bismarck berichtete Fürst Hohenlohe am 15. Juli 1880 in einem Schreiben, in dem die Ansicht des Fürsten Bismarck dahin wiedergegeben wird: Der Reichskanzler könne die Bedenken des Kronprinzen nicht teilen; er halte die Entsendung der Offiziere in mehrfacher Beziehung für nützlich, u. a. weil der Einfluß, den wir damit in den türkischen Ländern erhielten, nicht zu unterschätzen sei. „Die Frage, was für Folgen das Abkommen für die Türkei hat, und ob es den europäischen Mächten bequem ist oder nicht, sei für uns zunächst nicht maßgebend . . . Es könne uns nützlich sein, auch die Türken zu Freunden zu haben, soweit es unser Vorteil gestatte. Die türkische Artillerie sei zu einer Zeit, in welcher wir mit Rußland in der größten Herzenfreundschaft lebten, von preussischen Offizieren ausgebildet worden; und wir hätten dadurch Einfluß und nützliche Beziehungen in der Türkei erworben. Wenn in Rußland der Chauvinismus, Panislamismus und die antideutschen Elemente uns angreifen sollten, so wäre die Haltung und die Wehrhaftigkeit der Türken für uns nicht gleichgiltig. Gefährlich könne sie uns niemals werden, wohl aber könnten unter Umständen ihre Feinde auch unsere werden.“

Der leitende Gedanke der Bismarck'schen Türkenpolitik war also keineswegs die völlige Gleichgiltigkeit, wie sie im Satz von den „Knochen des preussischen Grenadiers“ fälschlich untergeschoben wird. Er war vielmehr:

Es ist nicht Sache Deutschlands, Rußland an der Ausführung seiner Pläne in Bezug auf die Türkei zu hindern. Es ist aber auch nicht Sache Deutschlands, Rußland bei der Ausführung seiner Pläne zu helfen. Es ist auch nicht Sache Deutschlands, in Bezug auf die Türkei Vorteile, die sich uns bieten können, einfach zu ignorieren; vielmehr kann die Türkei für uns als Stein im Spiel gegen ein deutschfeindliches Rußland wertvoll werden. Solange als ein gutes Verhältnis zu Rußland aufrecht erhalten werden kann, soll dieses Verhältnis nicht durch eine aktive antirussische Politik in der Türkei in Frage gestellt werden.

Die innerhalb dieses Rahmens möglichen Nuancen der deutschen Türkenpolitik waren naturgemäß abhängig von der jeweiligen gesamtpolitischen Konstellation. Immerhin war und blieb der rote Faden die Unterordnung der Türkei und unserer türkischen Interessen unter unser gutes Verhältnis zu Rußland.

Hat nun diese — zeitweise bis zur Zufolge einer moralischen und diplomatischen Unterstützung einer russischen Aktion gegen die Meerengen

getriebene — Unterordnung ihren Zweck, die Erhaltung der russischen Freundschaft, erreicht?

Schon seit dem Berliner Kongreß trat klar zutage, daß auch die weitestgehende Unterordnung der deutschen Politik unter die russischen Orientwünsche die russische Freundschaft nicht mehr zu sichern vermochte. Bismarck selbst hat seiner Enttäuschung über diese Entwicklung in seiner großen Reichstagsrede vom 6. Februar 1888 deutlichen Ausdruck gegeben:

„Während des Kongresses, kann ich wohl sagen, habe ich meine Rolle, soweit ich es irgend konnte, ohne Landesinteressen und befreundete Interessen zu verletzen, ungefähr so aufgefaßt, als wenn ich der vierte russische Bevollmächtigte gewesen wäre. . . . Es ist während der ganzen Kongreßverhandlungen kein russischer Wunsch zu meiner Kenntnis gekommen, den ich nicht bestrich, ja den ich nicht durchgesetzt hätte. Ich bin infolge des Vertrauens, das mir der leider verstorbene Lord Beaconsfield schenkte, in den schwierigsten, kritischsten Momenten des Kongresses mitten in der Nacht an dessen Krankenbett erschienen und habe in den Momenten, wo der Kongreß dem Bruch nahestand, dessen Zustimmung im Welt erreicht; — kurz, ich habe mich auf dem Kongreß so verhalten, daß ich dachte, nachdem er zu Ende war: nun, den höchsten russischen Orden in Brillanten besitze ich längst, sonst müßte ich den jetzt bekommen. Kurz, ich habe das Gefühl gehabt, ein Verdienst für eine fremde Macht mir erworben zu haben, wie es selten einem Minister vergönnt gewesen ist. Welches mußte also meine Überraschung und meine Enttäuschung sein, wie allmählich eine Art von Propaganda in Petersburg anfing, durch welche die deutsche Politik angegriffen, ich persönlich in meinen Absichten verdächtigt wurde. Diese Angriffe steigerten sich während des darauffolgenden Jahres bis 1879 zu starken Forderungen eines Druckes, den wir auf Oesterreich ausüben sollten in Sachen, wo wir das österreichische Recht nicht ohne weiteres angreifen konnten. Ich konnte dazu meine Hand nicht bieten, denn wenn wir uns Oesterreich entfremdeten, so gerieten wir, wenn wir nicht ganz isoliert sein wollten in Europa, notwendig in Abhängigkeit von Rußland. . . . Wäre eine solche Abhängigkeit erträglich gewesen? Ich hatte früher geglaubt, sie könnte es sein, indem ich mir sagte: wir haben gar keine streitigen Interessen, es ist gar kein Grund, warum Rußland je die Freundschaft uns kündigen sollte. . . . Der Vorgang betreffs des Kongresses enttäuschte mich, der sagte mir, daß selbst ein vollständiges Indienststellen unserer Politik (für gewisse Zeit) in die russische uns nicht davor schützte, gegen unsern Willen und gegen unser Bestreben mit Rußland in Streit zu geraten. Dieser Streit über Instruktionen, die wir an unsere Bevollmächtigten in den Verhandlungen im Süden gegeben oder nicht gegeben hatten, steigerte sich bis zu Drohungen, bis zu vollständigen Kriegsdrohungen von der kompetentesten Seite. Das ist der Ursprung unseres österreichischen Vertrags. Durch diese Drohungen wurden wir gezwungen, zu der von mir seit Jahrzehnten vermiedenen Option zwischen unseren beiden bisherigen Freunden zu schreiten.“

Die Dienste, die Bismarck nach seinen eigenen Worten wie ein vierter russischer Bevollmächtigter der russischen Politik auf dem Berliner Kongreß

geleitet hatte, bewahrten ihn also nicht einmal vor der Notwendigkeit, kurze Zeit nach dem Kongress unter einem bis zur Kriegsdrohung gesteigerten russischen Druck durch den Abschluß des Bündnisses mit Österreich gegen Rußland zu optieren.

Seit jener Zeit hatte Bismarck ununterbrochen mit mehr oder weniger verdeckter russischer Feindseligkeit zu kämpfen. In Rußland blieb die Legende unausrottbar, daß Bismarck die Verhandlungen des Berliner Kongresses in antirussischem Sinne geleitet habe. Unausrottbar blieb sogar die Legende, Bismarck habe an Österreich-Ungarn Bosnien und die Herzegowina ausgeliefert, während in Wirklichkeit die im Januar 1877 zwischen Rußland und Österreich-Ungarn abgeschlossene Konvention von Reichstadt, die vor Deutschland geheim gehalten wurde, der Donaumonarchie den Besitz von Bosnien und der Herzegowina gegen die Neutralität im russisch-türkischen Krieg zusicherte.

Aber dies nur nebenbei, um zu zeigen, daß nicht einmal die von Bismarck so konsequent verfolgte Politik der Unterordnung unserer Interessen an der Türkei unter die russische Freundschaft zu hindern vermochte, daß die türkischen Dinge auf die Beziehungen zwischen Deutschland und den andern Großmächten, vor allem zu Rußland, stark zurückwirkten.

II.

Die Gesamtentwicklung Deutschlands brachte es mit sich, daß der Rahmen der Bismarckschen Politik, die im wesentlichen europäische Kontinentalpolitik war, noch zur Bismarckschen Zeit gesprengt wurde.

Die starke Bevölkerungszunahme machte für Deutschland die Entwicklung vom Agrar- zum Industrie- und Handelsstaat zur Notwendigkeit. Die deutsche Volkswirtschaft wurde mehr und mehr in die Weltwirtschaft verflochten. Das Bedürfnis nach Sicherung des Bezugs von Rohstoffen und Nahrungsmitteln und das Bedürfnis nach Sicherung von Absatzmärkten wurde immer stärker. Bismarck selbst hat den gewaltigen Wandel anerkannt, den das von ihm geschaffene Deutschland in wenigen Jahrzehnten durchgemacht hat. Als Bismarck in einem der letzten Jahre seines Lebens die Hafenanlagen in Hamburg besichtigte, die er seit langem nicht gesehen, da stand er bewegt und ergriffen vor dem gewaltigen Bilde neuen Lebens und sagte nach langem Schweigen zu seinen Begleitern: „Ja, das ist eine neue Zeit — eine ganz neue Welt!“

Durch diese Entwicklung, die sich seit langem angebahnt hatte und die späterhin dem 80jährigen Bismarck in dem lebensvollen Bilde des Hamburger Hafens so eindrucksvoll vor Augen stand, war Deutschland zu einer Kolonialpolitik gedrängt worden. Bismarck selbst hatte diese aktive Kolonialpolitik schon zu Beginn der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts inaugurirt. Aber in der kolonialen Aufteilung der Erde kamen wir zu spät. Zwar gelang es dem raschen Zugreifen Bismarcks, in Afrika und in der Südsee die Grundlagen für einen Kolonialbesitz zu sichern, der im Laufe der Jahrzehnte in harter und zäher Arbeit zu ansehnlicher Blüte geführt worden ist. Aber auch noch zur Zeit des Ausbruchs des Weltkrieges vermochten unsere Kolonien nur einen bescheidenen Teil unserer weltwirtschaftlichen Bedürfnisse zu decken; sie vermochten nur einen geringen Bruchteil der von der deutschen Volkswirtschaft benötigten Rohstoffe und Nahrungsmittel zu liefern, und noch geringer war der Bruchteil unserer Ausfuhr, den sie aufzunehmen im Stande waren.